

In der Senatssitzung am 29. August 2023 beschlossene Fassung

Der Senator für Finanzen

16.08.2023

Vorlage für die Sitzung des Senats am 29.08.2023

„DUODay im öffentlichen Dienst: Barrieren in der Arbeitswelt überwinden“

(Anfrage der Fraktion der SPD für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft)

A. Problem

Die Fraktion der SPD hat für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft folgende Anfrage an den Senat gestellt:

Wir fragen den Senat:

1. Wie viele und welche Praktikumsstellen haben die senatorischen Ressorts und die ihnen zugeordneten Dienststellen, Eigenbetriebe, Gesellschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts in Bremen für den DUODay am 8. Juni 2023 bereitgestellt, damit junge Menschen mit Beeinträchtigung den Berufsalltag in verschiedenen Bereichen des öffentlichen Dienstes kennenlernen können?
2. Wie viele junge Menschen haben sich für eine Teilnahme am diesjährigen DUODay auf eine Stelle in der öffentlichen Verwaltung beworben und wie viele haben am Ende teilgenommen?
3. Wie bewertet der Senat den diesjährigen DUODay mit Blick auf das Ziel, den öffentlichen Dienst inklusiver zu gestalten und wie möchte er diesen Anspruch weiterverfolgen?

B. Lösung

Auf die vorgenannte Anfrage wird dem Senat folgende Antwort vorgeschlagen:

Zu Frage 1:

Insgesamt haben sich am DUODay, der am 8. Juni 2023 stattgefunden hat, 45 Betriebe der privaten Wirtschaft und Einrichtungen des bremischen öffentlichen Dienstes beteiligt und gemeinsam 92 Praktikumsplätze angeboten.

In den senatorischen Ressorts, ihnen zugeordneten Dienststellen, sowie Eigenbetrieben, Gesellschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts wurden insgesamt von 19 verschiedenen Institutionen 41 Praktikumsstellen für den DUODay bereitgestellt. Es handelte sich um Praktikumsplätze in unterschiedlichen Berufsbildern. So wurde zum Beispiel in der Universität Bremen ein Platz in der Tischlerwerkstatt angeboten. Die Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa hat insgesamt sieben Praktikumsplätze in

den Bereichen Tourismusförderung, Arbeitsförderung und Gewerbe sowie im Europapunkt und im Zentralbereich angeboten. Die Justizvollzugsanstalt Bremen hat zwei Plätze in der Verwaltungsgeschäftsstelle vorgehalten. Im Bereich der Personalverwaltung standen Praktikumsplätze bei der Performa Nord, dem Senator für Finanzen sowie der Bürgerschaftskanzlei zur Verfügung. Immobilien Bremen hat u.a. Plätze im Bereich der Projektsteuerung und der Vermarktung angeboten und auch im Amt für Soziale Dienste standen Praktikumsmöglichkeiten für drei Interessent:innen zur Verfügung. Auch beim Bürgertelefon Bremen bestand die Möglichkeit, ein Praktikum zu absolvieren.

Zu Frage 2:

Sowohl die Bewerber:innenansprache als auch das Bewerbendenmanagement wurden über ein zentrales Portal der Unternehmensverbände im Lande Bremen e.V. und den Verein für Innere Mission organisiert. Der Verein für Innere Mission hat auf Nachfrage mitgeteilt, dass Bewerbungsverfahren nicht stattgefunden haben, sondern die Praktikumsplätze nach der Reihenfolge der eingegangenen Bewerbungen vergeben wurden.

Von den 41 Praktikumsstellen, die im bremischen öffentlichen Dienst angeboten wurden, wurden auf diesem Wege 11 Stellen besetzt.

Zu Frage 3:

Der Senat bewertet den DUODay sehr positiv und begrüßt das hohe Interesse der Dienststellen und Einrichtungen des öffentlichen Dienstes an der Teilnahme. Der DUODay wurde von den Anleiter:innen, die Praktikumsplätze zur Verfügung gestellt haben, ebenfalls durchweg positiv bewertet.

Eine erneute Teilnahme – idealerweise unter Erweiterung des Angebotes - im Jahr 2024 ist geplant. Das eintägige Praktikum bietet die Möglichkeit, einen intensiveren Eindruck von den unterschiedlichen Aufgabenfeldern des öffentlichen Dienstes zu vermitteln. Bereits seit Jahren verfolgt der Senat das Ziel, mehr Diversität unter den Mitarbeitenden zu erreichen. Insbesondere das im Jahre 2020 durch den Senat beschlossene Diversity Management Konzept leistet hier einen wichtigen Beitrag. Die diversitätsbewusste Personalgewinnung ist ein zentraler Baustein des Konzeptes und Maßnahmen wie der DUODay tragen dazu bei, die Freie Hansestadt Bremen als Arbeitgeberin, die vielfältige Beschäftigungsmöglichkeiten eröffnet, bekannter zu machen.

Die Integrationsvereinbarung sieht im Rahmen einer Selbstverpflichtung neben der Erfüllung der gesetzlichen Beschäftigungsquote gemäß § 154 SGB IX von mindestens fünf Prozent eine Beschäftigungsquote von sechs Prozent vor. Diese wird regelmäßig erreicht. Daneben steht ein Pool für die Beschäftigung von Menschen mit Schwerbehinderung zur Verfügung, der dazu dienen soll, die Einstellung von besonders schwer betroffenen Menschen mit Schwerbehinderung zu fördern. Im Jahr 2022 wurden über diesen Pool 48 Menschen mit Schwerbehinderung beschäftigt.

Ziel des Senats ist es weiterhin, die Arbeitsbedingungen so zu gestalten, dass der barrierefreie Zugang zum Arbeitsplatz und der Umgang mit den Arbeitsmitteln (Hard- und Software) gewährleistet ist. Die mit Wirkung vom 1.9.23 in Kraft tretende Dienstvereinbarung Ortsflexibles Arbeiten wird u.a. auch einen Beitrag leisten, insbesondere für Menschen, die in ihrer Mobilität eingeschränkt sind, die Arbeitsbedingungen zu verbessern.

C. Alternativen

Keine Alternativen

D. Finanzielle und Personalwirtschaftliche Auswirkungen, Gender-Prüfung

Mit der Beantwortung der Anfrage sind keine finanziellen oder personalwirtschaftlichen Auswirkungen verbunden.

Weibliche Menschen mit Behinderung sind in verschiedenen Lebensbereichen einer doppelten Diskriminierungsgefahr ausgesetzt – aufgrund ihres Geschlechts und ihrer Behinderung. Um dem entgegenzuwirken, sollte ein besonderer Fokus darauf liegen, für Frauen mit Behinderung Beschäftigungsmöglichkeiten auf dem ersten Arbeitsmarkt zu schaffen. Der DUODay bietet die Möglichkeit, diese Zielgruppe über Beschäftigungsmöglichkeiten für sie im öffentlichen Dienst zu informieren.

Im Jahr 2022 waren im bremischen öffentlichen Dienst 1.640 Menschen mit Schwerbehinderung beschäftigt, das entspricht einer Beschäftigungsquote von 6,02 % und liegt damit über der gesetzlich vorgegebenen Marke von 5 %. Von diesen Beschäftigten mit Schwerbehinderung waren 62 % Frauen.

E. Beteiligung und Abstimmung

Die Vorlage ist mit der Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration abgestimmt.

F. Öffentlichkeitsarbeit und Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz

Die Senatsvorlage kann nach Beschlussfassung über das zentrale elektronische Informationsregister veröffentlicht werden.

Datenschutzrechtliche Belange sind dabei nicht tangiert.

G. Beschluss

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage des Senators für Finanzen vom 16.08.2023 einer mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion der SPD in der Fragestunde der Stadtbürgerschaft zu.